

MARKUS GRÜBEL MdB



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

anbei sende ich Ihnen/Euch meinen Infobrief anlässlich der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Themen der Woche:

- Meine Meinung zur Außen- und Sicherheitspolitik der Ampel
- Übergabe des Amtes des Religionsfreiheitsbeauftragten

Ihr Markus Grübel MdB
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Meine Meinung zur Außen- und Sicherheitspolitik der Ampel

Deutschland braucht eine starke außenpolitische Stimme und einen klaren Kurs. Die neue Regierung muss liefern. Das tut sie aber nicht, vielmehr bleibt sie durch schwache Kompromisse hinter dem was Deutschland, Europa und die Welt braucht. Das zeigt sich diese Woche am nun vorgelegten Mandatstext für den Einsatz gegen den Islamischen Staat. Statt wie bisher in Irak und Syrien, soll das Mandat zukünftig nur noch den Irak umfassen. Eine Entscheidung, die den bisher ablehnenden Grünen eine Zustimmung möglich machen soll. An der Realität geht das aber komplett vorbei. Denn, ob es den Grünen passt oder nicht, auch Syrien ist Rückzugsraum für den IS, das steht sogar ausführlich im Antrag selbst. Begründung für die Entscheidung, Syrien nun wegzulassen: Fehlanzeige! Oder die Mandatsdauer: Üblicherweise werden die Bundeswehrmandate für

ein Jahr erteilt. Nun für neun Monate. Das ist ein schlechtes Signal an die Truppe und an unsere Verbündeten.

Auch bei den Ausgaben für Verteidigung, Außenpolitik und Diplomatie habe ich einige Fragen an die Ampel: Hier will sie laut Koalitionsvertrag drei Prozent für internationales Handeln ausgeben. Also von dem Budget nicht nur unsere Sicherheitspolitik, sondern auch Diplomatie und Entwicklungspolitik finanzieren. Gleichzeitig bekennt sich die Ampel auch zur den Verpflichtungen innerhalb der NATO. Also damit auch zu ihrem Ziel, zwei Prozent des BIPs an Beiträgen zu zahlen? Durch das breiter gefasste Ziel umschiffte die Ampel konkrete Bekenntnisse. Drei Prozent für internationales Handeln können viel schöner zu verschiedenen Gunsten ausgelegt werden. Ich denke, da werden die entsprechenden Ministerinnen schnell auf dem Boden der Tatsachen ankommen und konkretisieren müssen. Denn nicht nur Deutschlands Ansehen bei unseren internationalen Partnern steht bei zu vielen Zugeständnissen und Unklarheiten auf dem Spiel, auch unsere Sicherheit.



Übergabe des Amtes des Religionsfreiheits- beauftragten

Diese Woche habe ich das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit an den SPD-Bundestagsabgeordneten Frank Schwabe übergeben. Im März 2018 wurde ich per Kabinettsbeschluss der Großen Koalition zum Regierungsbeauftragten ernannt. Nach dem Regierungswechsel habe ich das Amt bis zur Ernennung meines Nachfolgers am 5. Januar weitergeführt.

Zunächst war nicht klar, ob es auch unter der Ampel-Koalition einen Religionsfreiheitsbeauftragten geben würde. In ihrem Koalitionsvertrag haben die drei Regierungsparteien die Position mit keinem

Wort erwähnt, was durchaus als schlechtes Signal im Hinblick auf eine Fortführung des Amtes gewertet werden konnte. Noch im Dezember hatte deswegen die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem sie die neue Bundesregierung auffordert, das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit fortzusetzen und mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten.

Schlussendlich wurde das Amt dann doch besetzt und für mich hieß es diese Woche Abschied nehmen von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich danke meinem tollen Team im BMZ! Dem neuen Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit wünsche ich alles Gute und stets eine glückliche Hand bei seinem Einsatz für dieses elementare Menschenrecht.

Nicht ganz ernst gemeint kann ich sagen: Ich habe das Amt so stark geprägt, dass die "Ampel" nicht anders konnte. Ein Schwabe ist wieder Religionsfreiheitsbeauftragter der Bundesregierung.

Foto: Frank Schwabe und Markus Grübel bei der Amtsübergabe.
(Foto: Markus Grübel)

Zahl der Woche

Deutschland schickt 32 Prozent weniger Plastikmüll ins Ausland. Etwa 697.000 Tonnen Kunststoffabfälle haben deutsche Firmen 2021 exportiert, ein Drittel weniger als 2020, teilte der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) mit. Hauptabnehmer sind nun die Niederlande, da China weniger Müll annimmt.



32

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Kontakt](#)



Markus Grübel MdB

Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Deutscher Bundestag
Paul-Löbe-Haus (Zi. 6.740)
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0) 30 / 227 - 71973
Telefax: +49 (0) 30 / 227 - 76964
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de
<https://www.markus-gruebel.de>

Diese E-Mail wurde verschickt an uwe.gessler@me.com und ist ein Service für Interessenten. Sie erhalten unsere aktuellen Informationen niemals unverlangt.

Sollten Sie keine weiteren Informationen auf elektronischem Weg wünschen, können Sie sich jederzeit [hier abmelden](#).

Ihnen gefällt der Newsletter? Über eine [Weiterempfehlung](#) würden wir uns freuen.